

# Bürgerklagen vor Gericht

Anwohner haben gegen die Umwidmung mehrerer Forstenrieder Ortsstraßen zu Staatsstraßen geklagt, morgen wird darüber verhandelt

Schon jetzt macht der Durchgangsverkehr Forstenried gehörig zu schaffen. Viele Bürger befürchten, dass die Situation sich künftig verschärfen könnte. Denn zum einen ist in dem Viertel der Durchstich der Stäblistraße geplant, zum anderen sollen mehrere Ortsstraßen zur Staatsstraße umgewidmet werden (*wir berichteten*). Genau dagegen haben mehrere Anwohner geklagt. Die öffentliche Verhandlung vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht fin-

det am morgigen Dienstag ab 10 Uhr statt.

Vielen Menschen in Forstenried und den angrenzenden Stadtteilen bereitet die Aufstufung Sorge. Betroffen sind ein Teilstück der Forstenrieder Allee vom Dorfkern bis zur Stäblistraße, sowie die Lochhamer Straße und die Siemensallee. Die Stadt hatte bei der Regierung von Oberbayern die Umwidmung des Straßenzugs zur Staatsstraße beantragt, um das Planfeststellungsverfah-

ren für den Stäbli-Durchstich zu ermöglichen. Gegen die zum 1. Januar 2009 verfügte straßenrechtliche Aufstufung reichten dann allerdings zehn Anlieger Klage ein.

Die Kläger werden von der Bürgerinitiative (BI) Forstenried unterstützt, die sich seit langem um eine Verkehrsberuhigung in ihrem Stadtteil sowie in Obersendling und Solln einsetzt. Sie weist auf die negativen Folgen hin, sollte die Aufstufung rechtskräftig werden. Denn dann beste-

he eine durchgehende, quer durch viele Wohngebiete verlaufende Staatsstraßenverbindung von der Wolfratshäuser Straße bis zur A 95. Selbst wenn sich der Stäbli-Durchstich als nicht realisierbar erweise, bleibe diese Verbindung erhalten, warnt die BI. „Die gewünschte Verkehrsberuhigung wird dann nicht mehr machbar sein“, heißt es in einer Pressemitteilung.

Die Umwidmung bringt mittlerweile auch Eltern auf die Palme. Der betroffene

Straßenzug verläuft unmittelbar neben einer Grundschule und einer Kindertagesstätte, die beide an der Forstenrieder Allee und der Stäblistraße liegen. Nun hat der gemeinsame Beirat des Kindergartens und des Hortes einen offenen Brief an den Stadtrat geschrieben und diesen aufgefordert, die Umwidmung zu verhindern und sich stattdessen für eine Verkehrsberuhigung einzusetzen.

Die Eltern befürchten eine erhebliche Verkehrssteige-

rung durch die Aufstufung. Sobald diese in der Software von Navigationsgeräten gespeichert sei, werde noch mehr überörtlicher Durchgangsverkehr auf die ohnehin schon stark belastete Trasse geleitet. „Eine unzumutbare Entwicklung für unsere Familien“, klagt der Beirat in seinem Brief. „Wir sind nicht bereit, die Gefährdung unserer Kinder und die Mehrbelastung durch Lärm und Abgase einfach hinzunehmen.“

BRIGITTA WENNINGER